

L 4001 E

dji

ZEITSCHRIFT FÜR INGENIEURSTUDENTEN

der junge ingenieur

NR. 5/1970

Mai · AUFLAGE 41000 · POSTVERSANDORT BOCHUM



Verstärkt den antiimperialistischen Kampf!

„Marx ist überall“

An den 25 Höheren Wirtschaftsfachschulen und Wirtschaftsakademien in der Bundesrepublik und West-Berlin studierten im Wintersemester 1969/70 ca. 8 000 Studenten. Das Studium dauert in der Regel sechs Semester. Ist schulmäßig organisiert und schließt mit dem Titel „Betriebswirt grad.“ ab. Nach Vorstellungen der Bildungsplaner werden die Höheren Wirtschaftsfachschulen (HWF) einen wichtigen Bereich der künftigen Fachhochschulen bilden. Auf der 14. o. Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Studenten an Höheren Wirtschaftsfachschulen und Wirtschaftsakademien (VSW e. V.) wurde die augenblickliche Situation an den Schulen untersucht und daraus Schlüsse für die weitere Politik in diesem Bereich gezogen.

Zur Lage

Durch die 14 Leussink-Thesen und die Verabschiedung der Fachhochschulgesetze ist klargeworden, daß die Reglementierung und Formierung des Studiums nicht auf die Universitäten beschränkt bleiben wird. Die Regierenden sind dem Drängen der Wirtschaft gefolgt und haben die bisherigen, durch ihre „praxisnahe Ausbildung“ bewährten Ingenieur- und Höheren Wirtschaftsfachschulen in die Globalplanung integriert. Die Höheren Wirtschaftsfachschulen haben seit jeher ein enges Verhältnis zur Industrie. Sie wurden häufig von Interessenvertretern der regionalen Wirtschaft mitbegründet. Damit der Kontakt zu den Unternehmen nicht abreißt erhalten „erfahrene Betriebspraktiker“ Lehraufträge.

Die Studenten stammen meistens aus dem aufstiegsorientierten Kleinbürgertum — kleine Angestellte und Beamte seltener Arbeiter —. Sie sind bereit für ihren vermeintlichen sozialen Aufstieg jedes Opfer zu bringen. Die Wertvorstellungen der kapitalistischen Leistungsgesellschaft sind meist so verinnerlicht, daß der immense Leistungsdruck während des Studiums als natürlich empfunden wird und zu systemkritischen Fragestellungen gar keine Bereitschaft besteht.

Aus dieser Haltung der Studentenschaft erklärt sich, daß die Hauptaufgabe ihres überregionalen Verbandes die Schaffung eines ständischen Berufsprestiges war („der Betriebswirt grad.“ soll in der Wirtschaft zum Qualitätsar-

tikel werden“). Trotz aller Bemühungen seitens der Studenten und aller Zwecklügen der Wirtschaft gelingt es dem Betriebswirt nur selten, in der betrieblichen Hierarchie zu Führungspositionen mit wirklichen Herrschafts- und Dispositionsbefugnissen aufzusteigen und damit seine Klassenlage zu ändern.

Unruhe

Die von den Ingenieurschulen ausgehende Unzufriedenheit über die ungenügende Ausbildung und die mangelnde soziale Anerkennung greift in den Jahren 1968 und 69 auf die HWF's über. Während die Studentenrevolte an den Universitäten zu dieser Zeit bereits deutlich systemsprengend Züge trägt bleiben die Studenten der Fachschulen noch reformistisch und pragmatisch („Wir reden kein Soziologene Chinesisch“). Die in studentischen Versammlungen vorherrschenden reaktionären Kräfte bestreiten entschieden die gesellschaftliche Relevanz von Veränderungen im Bildungssystem.

Die nach Verabschiedung der Fachhochschulgesetze in einigen Bundesländern von der Kultusbürokratie per Erlaß verordnete Studienreform offenbart vielen HWF-Studenten die Mängel ihrer bisherigen Ausbildung. Nicht zu Selbständigkeit und Selbsttätigkeit erzogen sehen sie sich außerstande, die Inhalte ihres Studiums kritisch zu reflektieren um daraus die Lehrinhalte neu zu bestimmen. Diese Erkenntnis führt bei der Studentenschaft zu unterschiedlichen Reaktionen. Der größere Teil läßt sich, immer noch fixiert auf ihre traditionellen Autoritäten, auf Handwerkeleien an der Studienreform ein. Der fortschrittlichere und bewußtere Teil der Studenten begreift die Notwendigkeit die augenblickliche Stellung und die spätere Berufsperspektive politisch zu hinterfragen um daraus praktische Schlüsse zu ziehen.

Konsequenzen

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Folge auf die überregionale Vertretung der HWF-Studentenschaften, den Bundesverband der Studenten an Höheren Wirtschaftsfachschulen und Wirtschaftsakademien e. V. (VSW). Auf der 14. o. Mitgliederversammlung wurden mit großer Mehrheit folgende Grundsätze für die weitere Arbeit festgelegt:

I. Der Globalstrategie des Kapitals und der Bürokratie auf dem Ausbildungssektor muß die Studentenschaft einheitlich entgegentreten. Um den Kampf gegen die Verfremdung ihres Studiums in solidarischer Aktion durchsetzen zu können, treten die HWF's dem derzeit größten Studentenverband im Fachhochschulbereich, dem SVI bei. Endziel ist die Schaffung einer Massenorganisation die alle fortschrittlichen, demokratischen Kräfte im Ausbildungssektor zu einer entscheidenden Waffe im antikapitalistischen Kampf zusammenfaßt.

II. Der VSW hat sich von seiner bisherigen Funktion gelöst und versteht sich in Zukunft als Projektbereich „Politische Ökonomie“. Die in diesem Bereich mitarbeitenden Gruppen machen es sich zur Aufgabe, die an den Schulen ausschließlich gelehrte bürgerliche Ökonomie als eine Herrschafts- und Hilfswissenschaft des Kapitalismus zu entlarven. Wir werden der bürgerlichen Ökonomie die marxistische entgegensetzen und zeigen, daß diese in der Lage ist, die Widersprüche des Kapitalismus zu erklären und die Gesellschaft von unnötigen wirtschaftlichen Krisen zu befreien.

Die Arbeit des Projektbereiches muß sich ständig an der gesellschaftlichen Realität orientieren. Dieses stellt sich in der Bundesrepublik Deutschland als Klassengesellschaft dar in der die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen nicht ausgeglichen werden können, sondern ausgetragen werden müssen. Die Erfahrung zeigt, daß die HWF-Studenten die Auswirkungen dieser Klassengesellschaft bereits vor und auch während ihres Studiums deutlich zu spüren bekommen. In der späteren Berufspraxis ändert sich die Klassenlage des Betriebswirts nur selten. Da er in der Regel keine betrieblichen Herrschaftsfunktionen ausüben wird, bleibt er im Rahmen des produktiven Gesamtarbeiters Teil der proletarischen Klasse.

Die einzig richtige politische Forderung in dieser Situation ist, bereits während des Studiums organisiert in sozialistischen Gruppen zu arbeiten, um später im Bündnis mit den fortschrittlichen Organisationen der Arbeiterklasse für die Bezwingung des Kapitalismus in der BRD weiter zu kämpfen.

Wolfgang Knab

dji — der junge ingenieur

Zeitschrift für Ingenieurstudenten. Herausgegeben vom Studentenverband Deutscher Ingenieurschulen e. V. Berlin / Redaktion 5600 Wuppertal-Barmen, Friedrich-Engels-Allee Nr. 164 a, Fernsprecher 44 28 48 *

In diesem Heft:

„Marx ist überall“	U 2
24. ordentliche Mitgliederversammlung des SVI	U 3
Faschistischer Terror und Befreiungskampf in Guatemala	2
Wehr und Wirtschaft — Eine deutsche Karriere	5
Klassenkampf und kleinbürgerliche Ideologie	6
Marxer proben den Aufstand	10
Unsachliche Diskussion? Unsere Antwort!	11
Warum müssen sich Vertreter der Studenten schulen?	12
Bücher	12
Redaktion: Albert P. Deistler Wolfgang Knab	

Mit Verfassernamen gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck ist nur mit schriftlichem Einverständnis der Redaktion gestattet. Redaktionsschluß 20 Tage vor Erscheinen.

Bankverbindungen: Postscheckkonto Köln 316 54; Dresdner Bank AG Wuppertal-Elberfeld Nr. 5022.

Inserenten:

AEG-Telefunken	9
ARISTO-WERKE, Dennert & Pape KG	6/7
Bundesanstalt für Arbeit	5
DEMMIG-VERLAG KG	10
EXCLUSIV-TOBACCO	10
Riepe-Werk (rotring)	13/14

Beilagen:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt (Buchscheck) der „FRANKFURTER ALLGEMEINE Zeitung für Deutschland“ bei.

Verlag: Verlagshaus Schürmann & Klagges, 4630 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12—16, Fernsprecher 1 60 81*. Verantwortlich für Anzeigen: Paul Dudziak. Z. Z. ist Anzeigenpreisliste Nr. 12 gültig. Bestellungen nimmt jedes Postamt oder ihr Briefträger entgegen. Bezugspreis jährlich 5,40 DM, zuzüglich Zustellgebühr.

Lieferung im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugsgeldes.

Gesamtherstellung:
Druckhaus Schürmann & Klagges,
4630 Bochum,
Auflage: 41 000 Exemplare.

**Lieber Leser,**

der „dji“ hat einen erheblichen Mangel: er kann nicht aktuell sein. Die letzte Redaktionsbesprechung liegt ca. 14 Tage vor dem Erscheinen. Es wäre ziemlich sinnlos, Kurznachrichten zu bringen, da sie schon durch die normale Presse gelaufen und veraltet wären, wenn der „dji“ vor Dir liegt. So mögen die Demonstrationen gegen den Einzug der USA in Kambodscha, die bei Redaktionsschluß aktuell waren, schon langsam aus dem Gedächtnis verschwinden. Uns scheint jedoch, daß hier Probleme bestehen, die an ihrer Aktualität nichts einbüßen.

Vier unserer amerikanischen Kommilitonen wurden ermordet. In Berlin schoß ein wild gewordener Kriminalbeamter eine junge Frau an, die an der Demonstration nicht beteiligt war. Es fragt sich, welche Werte die „Ordnungshüter“ so verteidigen müssen, daß sie Gewalt anwenden. Die „Freiheit“ der westlichen Welt scheidet wohl aus, denn die Aktionen waren gegen einen schmutzigen Krieg gerichtet, an dem die Bevölkerung nicht teilhaben will. So werden hier wohl Werte verteidigt, die ein System erhalten, das immer wieder neue Kriege und Krisen produziert. Dieser Gewalt stehen die Lohnabhängigen — und diesem Bereich gehören wir an, wenn wir wieder im Arbeitsprozeß stehen — so lange ohnmächtig gegenüber, bis die Arbeiterklasse in Erfüllung ihrer historischen Mission den Kapitalismus zerschlägt und damit die Ursachen für imperialistische Aggression beseitigt. Es ist eine Gewalt, die wir nicht hervorgerufen haben.

Alle Jahre wieder verkünden die Bilanzen und Geschäftsberichte der westdeutschen Konzerne eindrucksvolle Exporterfolge. Gesamtwirtschaftlich entstehen daraus die gewohnten Überschüsse in der nationalen Handels- und Zahlungsbilanz. Diese stolzen Erfolge hat sich die deutsche Wirtschaft auf den Weltmärkten „hart erkämpft“.

Kampf um wirtschaftliche Macht wird häufig mit Gewalt geführt. Der Aufbau der Weltmärkte ist die blutige Geschichte der Ausbeutung und des Kolonialismus. Jahrhundertlang haben die europäischen Staaten die Völker der Dritten Welt geknechtet und ihnen ihre Reichtümer geraubt, um damit ihren eigenen Wohlstand zu ermöglichen.

An dieser Situation hat sich nach der staatlichen Selbständigkeit der Entwicklungsländer wenig geändert. Noch immer beherrschen US-amerikanische und europäische Konzerne die Wirtschaft und Politik vieler unterentwickelter Staaten. Mittelamerika und Südost-Asien sind nur Beispiele.

Wir alle leben in einer Wirtschaftsgesellschaft, in der unsere Ausbildung und Berufstätigkeit ihren Wert durch ihre ökonomische Verwertbarkeit erlangt. Dieses System, dessen Maxime die optimale Kapitalverzinsung ist, steht unter dem ständigen Zwang zur Expansion. Neue Märkte müssen dem Diktat des Monopolkapitals unterworfen werden, um dessen Profite zu garantieren. Die ausgebeuteten Völker, die sich gegen ihre Knechtung wehren, werden von imperialistischen Armeen niedergeworfen. Diese Entwicklung ist kein Zufall, sie ist das gesetzmäßige Fortschreiten des kapitalistischen Systems zum Imperialismus. Wer diese Zusammenhänge erkannt hat und nichts dagegen unternimmt, macht sich mitschuldig an den Opfern der imperialistischen Aggression, am Krieg in Vietnam und Kambodscha und an der Ermordung westdeutscher Botschafter in Guatemala.

Albert P. Deistler **Wolfgang Knab**

Beim Bundesverband erhältliche Materialien:

Gezielte Umleitung (Bildungsplanung)	DM 2,—
Pyramide (Bildungsplanung)	DM 1,—
Weizsäcker Gesamthochschulmodell	DM 1,—
Bedarfsvorausschätzung von Akademikern	DM 1,50
Didaktik	DM 2,—
Analyse der Erziehungsstile und des Schulwesens in der BRD (Dokumentation IV)	DM 1,—
Studienreform NRW	3. Elektrotechnik DM 1,50
1. allgemeiner Teil	DM 2,50
4. Bauwesen	DM 1,50
2. Maschinenbau	DM 1,50
5. Betriebswirtschaft	DM 1,50

Faschistischer Terror und Befreiungskampf in Guatemala

1944 stürzte ein Aufstand in den Städten, der von Arbeitern, Studenten und der Mittelschicht getragen wurde, die Diktatur weniger Großgrundbesitzer und der United Fruit Company (UFCo). Dieser Aufstand brachte für zehn Jahre die nationale Bourgeoisie an die Macht.

Guatemala erhielt eine bürgerlich-demokratische Verfassung. Die Zwangsarbeit der Indianer wurde abgeschafft; die erbliche Übertragung der Schulden, die praktisch Leibeigenschaft bedeutete, wurde verboten. Neue Gesetze erlaubten den Streik und die Gründung von Gewerkschaften. Im Land begann man mit dem Bau von Schulen und Krankenhäusern. Die bei weitem wichtigste Reformmaßnahme war die geplante Landreform.

Für Guatemala hätte die Verwirklichung dieser Reformen einen großen Fortschritt bedeutet. Der Widerspruch zwischen bürgerlichen Reformgesetzen und bürgerlich-kapitalistischen Produktionsverhältnissen jedoch bezeichnet genau die Schranken, denen solche Reformen unterliegen müssen. Von den heute rund 5 Millionen Einwohnern Guatemalas sind 85 Prozent Analphabeten, 45 Prozent sprechen nur ihre indianische Muttersprache. So verwundert es nicht, daß z. B. der größte Teil der indianischen Bauern nie etwas von den zu ihren Gunsten erlassenen Gesetzen erfuhr.

In einem Gutachten der UNO wurde 1951 Guatemala als eines der Länder bezeichnet, in dem die Landreform als vordringlichste Aufgabe genannt wurde. Jeder Versuch, den Großgrundbesitz zu beseitigen, mußte mit den Besitzinteressen der UFCo zusammenstoßen. Sie besaß und besitzt die Eisenbahnen des Landes, das Straßennetz, die wichtigsten Exporthäfen am atlantischen und pazifischen Ozean, die größte Reederei und über 12 Prozent des bebaubaren Ackerlandes. Für ihre Zwecke nutzte die UFCo von diesem riesigen Landbesitz nur knapp ein Zehntel, während über 9/10 brachlagen. Den Massen der landlosen Bauern war die Bebauung dieses riesigen unge-



nutzten Gebietes mit allen Mitteln verwehrt — die UFCo hatte nur ein Interesse an ihnen als Arbeitskräftereservoir.

US-Gangstersyndikat überfällt Guatemala

John Foster Dulles, der die Verträge der UFCo 1930 und 1936 mit der guatemaltekischen Regierung abgeschlossen hatte und auch als US-Außenminister immer noch Rechtsvertreter der UFCo blieb, verschrie die Regierungen der

nationalen Bourgeoisie wegen der Landreform — trotz der geplanten Entschädigung — als kommunistisch. Der US-Unterstaatssekretär für interamerikanische Fragen und Stellvertreter von J. F. Dulles, John M. Cabot, war einer der Hauptaktionäre der UFCo. Der Präsident des Weltsicherheitsrates und US-Botschafter bei der UNO, Henry Cabot Lodge, beschimpfte Guatemala als kommunistisch; er war Vorstandsmitglied der UFCo. Walter Bedell-

Smith, Präsident der UFCo, früher Chef des CIA, alarmierte Allen Dulles, neuer Chef des CIA, früher Präsident der UFCo und Bruder des US-Außenministers, wegen kommunistischer Umtriebe in Guatemala.

Dieses US-Gangstersyndikat stellte eine kleine, gut bewaffnete Söldnertruppe auf, gab ihr 12 Flugzeuge und überfiel 1954 Guatemala.

Die US-Imperialisten machten den Chef der Söldner zum neuen Präsidenten Guatemalas. Seine ersten Maßnahmen waren: die Kosten der CIA-Truppe wurden als Staatsschulden anerkannt, die Löhne im ganzen Land um ein Drittel gekürzt, der UFCo eiligst das enteignete Land zurückerstattet, und halb Guatemala wurde internationalen Öltrusts zur Erschließung und Ausbeutung übertragen. Mit der Invasion von 1954 begann die offene Herrschaft der faschistischen Reaktion und des US-Imperialismus.

Faschistischer Terror und Befreiungskampf

Neben dem staatlichen Unterdrückungsapparat terrorisieren zwei faschistische Organisationen das Volk: die NOA (Nueva Organizacion Anticomunista, des Angehörigen der Polizei) und die MANO BLANCA („Weiße Hand“, Movimiento Anticomunista Nacional Organizado, aus Angehörigen der Armee zusammengesetzt). Der Chef der MANO, Arana Osorio, wird am 1. Juli 1970 der neue Präsident Guatemalas.

Die NOA und die MANO liquidieren jeden, der ihnen „linksverdächtig“ erscheint; ihre Mordkommandos, die vom staatlichen Apparat unterstützt und gedeckt werden, scheuen vor nichts zurück: 1964 verschwanden in Guatemala City in einer Nacht 35 sog. „Linke“ — Journalisten, Studenten, Rechtsanwälte, Gewerkschaftsfunktionäre und andere. Sie waren von der Armee auf das offene Meer hinausgeflogen und abgeworfen worden. 1968 befahl der zukünftige Präsident Arana bei einer Antiguerilla-Aktion die Abschachtung von 4 000 Bauern.

Der Partisanen-Kampf gegen die Diktatur begann 1960. Fortschrittliche Armeee-

einheiten rebellierten. Der Aufstand mißlang, und sie mußten in die Berge flüchten. Sie nannten ihre Bewegung nach dem Datum des Aufstandes: MR 13 (Revolutionäre Bewegung vom 13. November). Mit der Unterstützung der Bauern gelang es ihnen, sich bis heute zu halten. Neben der MR 13 gibt es heute zwei weitere bewaffnete Bewegungen. Die FAR (Fuerzas Armadas Revolutionarias — Bewaffnete revolutionäre Streitkräfte), der militärische Teil der PGT (der Kommunistischen Partei Guatemalas) kämpft vor allem in der Stadt. Für die PGT ist die Guerilla allerdings nur ein taktisches Moment im Kampf; die Auseinandersetzung darüber führte zur Abspaltung der FAR-Rebelde (FAR-R). Sie ist heute die politisch und militärisch schlagkräftigste revolutionäre Bewegung, und sie führte die spektakulären Aktionen, wie zuletzt die Entführung des BRD-Botschafters, durch.

Der Kampf der guatemaltekischen Revolutionäre ist von Anfang an direkter Kampf gegen den US-Imperialismus. Er setzte das ihm hörige faschistische Militärregime ein und machte das Land zum neokolonialen Besitz weniger US-Großkonzerne.

„Special Forces“ — Einheiten, von US-Beratern ausgebildet und geführt, terrorisieren die Bauern, und täglich fliegen US-Flugzeuge aus der Panama-Kanalzone Bomben- und Napalmangriffe und werfen Erntevernichtungsmittel und Entlaubungschemikalien ab.

Ohne die ständige Intervention der US-Imperialisten könnte sich das guatemaltekische Militärregime keinen Tag mehr an der Macht halten. 1968 wurden zwei US-Militärberater von der FAR-Rebelde erschossen — kurze Zeit später der US-Botschafter, der bei einer Entführungsaktion zu entkommen versuchte. Anfang dieses Jahres entführte die FAR Rebelde einen US-Diplomaten und tauschte ihn gegen fünf gefangene Revolutionäre aus. Das Mittel der Entführung ist in Guatemala eine der wenigen Möglichkeiten, politische Gefangene zu befreien, die andernfalls zu Tode gefoltert werden.

Deutscher Imperialismus in Guatemala

Nach den USA ist die Bundesrepublik die zweitstärkste imperialistische Wirtschaftsmacht in Lateinamerika. Bald an die 3 Milliarden DM sind von der westdeutschen Großindustrie dort seit dem zweiten Weltkrieg direkt investiert worden. Angetrieben von den Verwertungsschwierigkeiten des westdeutschen Kapitals im eigenen Land, hat besonders seit und in der Rezession vor 3 Jahren die westdeutsche Kapitalistenklasse ihre imperialistische Expansion skrupellos vorangetrieben. Ein Beispiel: Im Oktober 1969 gaben die Farbwerke Hoechst bekannt, in den folgenden 5 Jahren würden allein in Lateinamerika 3 Milliarden DM Umsätze pro Jahr gemacht werden. Hoechst besitzt in Lateinamerika heute 35 Fabriken, in Guatemala-City wurden jüngst zwei weitere Werke in Betrieb genommen.

Welche Bedeutung diese Ausdehnung hat, geht schon daraus hervor, daß bereits im Jahre 1968 fünfzig Prozent des Hoechst-Gesamtumsatzes aus dem Auslandsgeschäft stammten, etwas über 3 Milliarden DM. Die für das Kapital günstigen Bedingungen sind überall die gleichen: billige Arbeitskräfte, Schutz vor Konkurrenz, ungehinderter Profit-Transfer, Steuerfreiheit usw.

In Guatemala hatte das deutsche Kapital schon vor dem zweiten Weltkrieg eine beachtliche Position erobert. Dort waren seine Investitionen von 1918—1940 von 35 Mio US Dollar auf 50 Mio US Dollar gestiegen. 1934 wurden 80 Prozent der gesamten Kaffeeproduktion Guatemalas von Deutschen kontrolliert, in den Provinzen San Marcos und Mazatenango sogar 100prozentig. Die Hälfte der besten Kaffeefincas (Plantagen) waren deutsches Eigentum, zahlreiche Unternehmen hatten Zweigstellen in der Hauptstadt. Der Handel lag größtenteils in deutschen Händen. Die Eisenbahn in der Provinz Alta Verapaz, die einzige Verbindung zum Meer, war deutsches Eigentum.

Nachdem im Weltkrieg durch den Druck der USA und nach dem Sturz der Diktatur durch die nationale Bourgeoisie der größte Teil des deutschen Landesbesitzes enteignet worden war — seine

Faschistischer Terror und Befreiungskampf in Guatemala

Eigentümer waren meistens Sympathisanten der Nazis und hatten auch eine eigene faschistische Organisation aufgebaut — setzte sich westdeutsches Kapital erst relativ spät wieder in Guatemala fest. Seine zweitwichtigste Handelsposition von 15 Prozent Beteiligung am Außenhandel des Landes hat es bereits wieder erreicht. Die westdeutschen Privat-Investitionen dürften 1967 bereits weitaus höher als die offiziell angegebenen 6 Mio. DM (gegenüber 3 Mio. DM im Jahre 1964) gewesen sein. Freilich sind sie im Vergleich zum ausländischen (fast durchweg US-Herkunft) Kapital von 123 Mio. US Dollar — das sind 80 Prozent der gesamten Anlagen in Guatemala — (Stand 1967) noch gering, wenn auch nicht weniger lohnend. Sicherlich dürften nicht so exorbitante Profite wie die jährlichen 70 Prozent der UFCo die Regel sein, aber sie liegen bei weitem höher, als im eigenen Land, im allgemeinen zwischen 20 und 40 Prozent.

Vor allem ist das westdeutsche Kapital an der Ausplünderung der reichen und noch nicht erschlossenen Bodenschätze Guatemalas interessiert: Öl, Nickel, Eisen, Schwefel, Uran. Seit Anfang April dieses Jahres ist eine weitere westdeutsche Expedition in Sachen Ausbeutung nach Guatemala und Mexiko unterwegs — zur Abwechslung diesmal organisiert vom Bund katholischer Unternehmer.

Westdeutsche Waffen zur Unterdrückung der Völker

Imperialistische Expansion erfordert militärische Sicherung. Ob es U-Boot-Lieferungen an Argentinien, Verkauf von Transall-Flugzeugen an Venezuela, Ausbildung brasilianischer und guatemaltekischer Polizeioffiziere, Counterinsurgency-Forschung in ganz Lateinamerika durch die Friedrich Ebert Stiftung sind — überall beteiligt sich der westdeutsche Imperialismus tatkräftig und als engster Verbündeter des US-Imperialismus an der Unterdrückung der Völker Lateinamerikas. Auch hier kann er sich auf eine ruhmreiche blutige Tradition berufen: Schon vor dem ersten Weltkrieg versorgten Krupp und

Mausier die Mehrzahl der Lateinamerikanischen Armeen mit Waffen, und vielfach wurden damals diese Staaten als „Kruppsches Monopolglacis“ bezeichnet. Der Konkurrent USA, der eifersüchtig über seine Monopolstellung im Waffengeschäft mit seinen südamerikanischen Vasallen wacht, hat bislang eine ausgedehnte Beteiligung des neuen deutschen Imperialismus auf diesem Sektor unterbunden. So mißlang der Verkauf ausrangierter Bundeswehrpanzer aus US-Produktion an Ecuador vor wenigen Monaten. Als „Ersatz“ lieferten die USA dann einen Posten Panzerspähwagen an das ecuadorianische Regime. Für die revolutionären Bewegungen in Lateinamerika ist längst klar, daß ihr Kampf gegen den US-Imperialismus, den gegen seinen engsten Verbündeten, die Bundesrepublik einschließt. Folgerichtig war die Entführung des westdeutschen Botschafters durch die FAR-Rebelle als Kampfmittel geeignet, um gefangene Genossen zu befreien. Das guatemaltekische Regime lehnte den Austausch nicht nur ab, sondern verschärfte die Situation sofort mit einer riesigen und fieberhaften Suchaktion. Die Genossen der FAR-Rebelle, die die Entführung durchführten, befanden sich, durch ihre Gefangenen erheblich in ihrer Bewegungsfreiheit behindert, somit in großer Gefahr. Sie beantworteten die Weigerung des Regimes mit der Erhöhung ihrer Forderungen auf die Freilassung von 22 gefangenen Revolutionären und der Zahlung von 700 000 US Dollar Lösegeld. Das guatemaltekische Militärregime lehnte erneut ab und begann mit brutalen Racheaktionen: bei einer angeblichen „Meuterei“ im KZ-gleichen Gefängnis wurde einer der 22 Gefangenen erschossen. Die FAR-Rebelle gab daraufhin dem Regime noch einmal eine 15minütige Bedenkzeit, mit dem Hinweis, daß im erneuten Weigerungsfall der Botschafter sofort erschossen würde.

Daß die Revolutionäre den Botschafter erschossen, zeigt, daß sie sich mittlerweile in äußerster Bedrängnis befanden. Sie konnten keinerlei Interessen

an seinem Tod haben, im Gegenteil: mit seinem Tod sind die 21 Gefangenen der Rache des Regimes preisgegeben und werden auf die eine oder andere Weise umgebracht werden.

Wenn die westdeutschen bourgeoisen Preßbengel sich in Zeter- und Mordio-geschrei überschlagen und von der „Verletzung der fundamentalsten Gesetze der Menschlichkeit“ (Scheel) salbadern, den Botschafter als „unschuldig Opfer“ in den Märtyrerhimmel versetzen, vergessen sie natürlich hinzuzufügen: Opfer der mörderischen imperialistischen Politik der in Westdeutschland herrschenden Klasse. Denn „die bürgerlich-liberale Theorie faßt nur die eine Seite: die Domäne des „friedlichen Wettbewerbs“, der technischen Wunderwerke und des reinen Warenhandels ins Auge, um die andere Seite, das Gebiet der geräuschvollen Gewaltstreiche des Kapitals als mehr oder minder zufällige Äußerungen der „auswärtigen Politik“ von der ökonomischen Domäne des Kapitals zu trennen. In Wirklichkeit ist die politische Gewalt auch hier nur das Vehikel des ökonomischen Prozesses, die beiden Seiten der Kapitalakkumulation sind durch die Reproduktionsbedingungen des Kapitals selbst organisch miteinander verknüpft, erst zusammen ergeben sie die geschichtliche Laufbahn des Kapitals. Dieses kommt nicht bloß „von Kopf bis Zeh“ aus allen Poren „Blut und Schmutz triefend“ zur Welt, sondern es setzt sich auch so Schritt für Schritt in der Welt durch und bereitet so, unter immer heftigeren konvulsivischen Zuckungen, seinen eigenen Untergang vor.“ (Rosa Luxemburg)

(Aus: Roter Pfeil / Uni Tübingen / 6/70)

*Die Arbeiter arbeiten,
die Studenten studieren,
die Chefs, die scheffeln!*

Wehr und Wirtschaft

-Eine deutsche
Karriere-



Geboren am 12. Mai 1910 in Berlin-Charlottenburg. Sein Großvater war der Historiker und Nobelpreisträger Theodor Mommsen. Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie in Heidelberg, Kiel und Berlin.

1938 Eintritt in die Geschäftsführung des Spitzenverbandes der deutschen Industrie. Ab Ende 1940 Hauptabteilungsleiter im Reichsministerium für Rüstung und Kriegserzeugung.

Nach Kriegsende in einem Unternehmen der Elektroindustrie tätig, 1948 Geschäftsführer in der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie.

1952 Geschäftsführer der Klöckner-Drahtindustrie, anschließend Vorstandsmitglied der Klöckner-Werke AG. Im Jahre 1954 Berufung in den Vorstand der Rheinischen Röhrenwerke, später Vorstandsmitglied der Phoenix-Rheinrohr AG. 1966 Vorsitz des Vorstandes der Thyssen Röhrenwerke AG. Im Aufsichtsrat einer Reihe von in- und ausländischen Gesellschaften. Mitglied des Außenhandelsbeirats des Bundesministers für Wirtschaft und des vom Bundespräsidenten berufenen Wissenschaftsrats. Vorsitzender des Vorstandes des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft.

1964 wurde E. W. Mommsen von der Technischen Hochschule München der Titel eines Dr. rer. pol. h. c. verliehen.

Am 27. April 1970 Berufung in das Bundesministerium der Verteidigung als Staatssekretär für Technik und Beschaffung.

MARKT + CHANCE

Die sich stetig wandelnden
und schwer überschaubaren Arbeits- und Berufsbereiche der
INGENIEURE ALLER FACHRICHTUNGEN
gehören zu unserem Tätigkeitsfeld.

Wir bieten: DIENSTLEISTUNGEN FÜR JEDERMANN

durch fachkundige	Arbeitsmarktinformation
individuelle	Arbeitsberatung
zeitgemäße	Arbeitsvermittlung
finanzielle	Starthilfen

Darum: ÜBERSICHT GEWINNEN, NICHTS DEM ZUFALL ÜBERLASSEN

DIE LANDESSTELLEN FÜR ARBEITSVERMITTLUNG in

2 HAMBURG 1,
Kurt-Schumacher-Allee 16, Tel. 24 84 44 08
für Schleswig-Holstein, Hamburg

3 HANNOVER,
Altenbekener Damm 82, Tel. 8 00 41
für Niedersachsen, Bremen

4 DÜSSELDORF,
Graf-Adolf-Straße 102-104, Tel. 32 07 71
für Nordrhein-Westfalen

6 FRANKFURT 1,
Feuerbachstraße 44, Tel. 7 12 21
für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

7 STUTTGART-W.,
Dillmannstraße 7 B, Tel. 2 08 71
für Baden-Württemberg

8 MÜNCHEN,
Sonnenstraße 12, Tel. 59 49 07
für Südbayern

85 NÜRNBERG,
Rathenauplatz 2-4, Tel. 53 31 65
für Nordbayern

sowie das Facharbeitsamt IV Berlin (West) in
1 Berlin 61, Charlottenstraße 90-94, Tel. 18 04 11
und alle übrigen Arbeitsämter

werden gerne für Sie tätig.

Sie bieten ihre Dienste gleichermaßen berufserfahrenen Fachkräften wie auch
Bewerbern um Erststellen.



Bundesanstalt für Arbeit

Klassenkampf und kleinbürgerliche Ideologie

Die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistischen Parteien sind die konsequentesten Kämpfer für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Dies bestimmt die wachsende Zusammenarbeit der Bauernschaft, der städtischen Mittelschichten und der Intelligenz mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus, für Demokratie und Sozialismus.

Lenin rief die Arbeiterklasse und die Kommunisten auf, sich im Kampf gegen die Kräfte der Reaktion ständig auf die nichtproletarischen Schichten der Werktätigen in Stadt und Land zu stützen. Zugleich warnte Lenin vor der Gefahr einer kleinbürgerlichen Beeinflussung der Arbeiterbewegung. Jede Unterschätzung dieser Gefahr kann das Eindringen einer dem Marxismus-Leninismus feindlichen Ideologie in die kommunistische Bewegung zur Folge haben. „Solange die Bourgeoisie nicht gestürzt ist“, schrieb Lenin, „und solange danach die Kleinwirtschaft und die kleine Warenproduktion nicht vollkommen verschwunden sind, solange werden die kleinbürgerliche Situation, der Eigentümergewohnheiten und die Spießertaditionen die proletarische Arbeit sowohl von außen als auch innerhalb der Arbeiterbewegung schädigen.“

Der Übergang der nichtproletarischen Schichten der Werktätigen auf die Positionen der Arbeiterklasse und des Sozialismus ist durch die Logik des Klassenkampfes selbst, durch den Gang der geschichtlichen Ereignisse bestimmt, die laufend kleinbürgerliche Illusionen zerstören und die Richtigkeit der sozialistischen Politik, die

Richtigkeit der Schlußfolgerungen des Marxismus-Leninismus bestätigen.

Die kleinbürgerlichen Illusionen reproduzieren sich jedoch in einer neuen geschichtlichen Situation im Zusammenhang mit neuen Gegebenheiten bei den verschiedensten Anlässen. „Die Zählebigkeit dieser Vorurteile des kleinbürgerlichen Demokraten“, schrieb Lenin, „wird unausweichlich dadurch bedingt, daß er weiterhin vom scharfen Klassenkampf entfernt steht...“

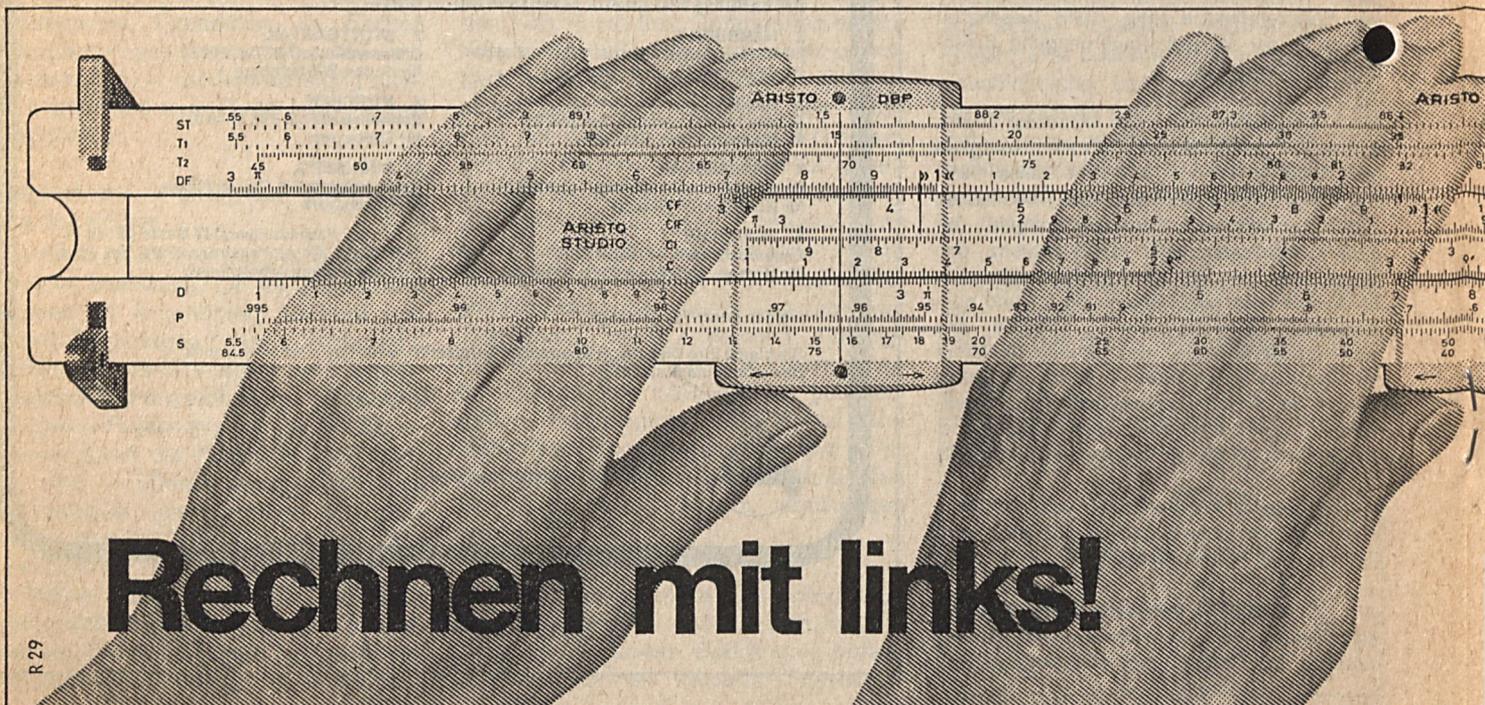
Die Entwicklung des Kapitalismus führt in seinem imperialistischen Stadium unausweichlich sowohl zur Verwischung „alter“ Schichten von Kleinproduzenten (der Bauernschaft, der Handwerker) als auch zur Entstehung und Erweiterung neuer Schichten. Die Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution, das Anwachsen des Verwaltungspersonals der kapitalistischen Firmen und Banken, die Erweiterung der Schicht des ingenieurtechnischen Personals und der Intelligenz — das alles führte zur Herausbildung sozialer Gruppen, die unter den Bedingungen des vormonopolistischen Kapitalismus ein weit geringeres spezifisches Gewicht hatten. Die Besonderheit der Lage dieser Gruppen besteht darin, daß ihre Angehörigen eine Zwischenstellung einnehmen, daß sie zeitweise zwischen der Arbeiterklasse und der Großbourgeoisie hin und her schwanken. Ihre „Oberschicht“ genießt bestimmte Privilegien, die sie aus dem Milieu der übrigen Angestellten herausheben. Andererseits geben die Unsicherheit der sozialen und materiellen Lage dieser Schichten die ständige Abhängigkeit, der Druck der der bourgeoisen Macht und der allmächtigen

gen bürokratischen Maschine der Monopole der Mehrheit von ihnen den Anstoß, sich gegen den Imperialismus zu wenden. Diese Faktoren führen zu einer Annäherung an die Arbeiterklasse und die übrigen antiimperialistischen Kräfte.

Der Prozeß des Zusammenbruchs der Kolonialreiche führte dort zur Einbeziehung der Bauernschaft und der werktätigen Massen in das aktive politische Leben. Früher hatten sie der Politik ferngestanden, erdrückt vom Joch des Imperialismus, der mit Gewalt die völlige politische Rechtlosigkeit der Mehrheit der Bevölkerung im Namen der Herrschaft eines kleinen Häufleins von Ausbeutern erzwang. Im Kampf gegen den Imperialismus finden die Völker der Entwicklungsländer einen natürlichen Verbündeten in den Kräften des Sozialismus und in der Arbeiterbewegung; einige dieser Länder treten für den nichtkapitalistischen Weg der Entwicklung ein. Zugleich muß sich die neokolonialistische Politik des Imperialismus, muß sich das Fehlen einer entwickelten Arbeiterklasse, muß sich das massenweise Analphabetentum der Bevölkerung zwangsläufig auch in den ideologischen Strömungen in jenen Ländern widerspiegeln, die den Weg der selbständigen Entwicklung beschritten haben.

In den sozialistischen Ländern existieren der ersten Zeit die kleinbürgerlichen Schichten weiter, die sich nicht sogleich nach der sozialistischen Revolution organisch die Prinzipien des Marxismus-Leninismus aneignen und die Positionen der Arbeiterklasse einzunehmen vermögen. Der Prozeß ihrer Umerziehung und Umorientierung nimmt eine lange Periode in Anspruch. Diese Schichten werden allmählich in den Aufbau der neuen Gesellschaft einbezogen, bewahren jedoch ziemlich lange ihre Gewohnheiten und Ansichten, die bisweilen und scheinbar „unerwartet“ zutage treten, besonders während bestimmter Umbruchperioden, bei der Entstehung von Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau, bei einer Verschärfung des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Lenin unterstrich, daß nach der Eroberung der Macht für den Sieg der Arbeiterklasse über das kleinbürgerliche Element die Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates gewaltige Bedeutung erlangt, die Beherr-



schung der Leitungsmethoden, die es gestatten, Rechnungsführung und Kontrolle zu gewährleisten, die effektivste Organisation der Arbeit der gesamten sozialistischen Gesellschaft zu sichern.

Kleinbürgerliche Tendenzen finden je nach den konkreten geschichtlichen Bedingungen unterschiedlichen ideologischen Ausdruck. Das reaktionäre Wesen der kleinbürgerlichen Ideologie enthüllt sich jedoch unweigerlich dadurch, daß sie versucht, sich der sozialistischen, proletarischen Ideologie entgegenzustellen. Und hier tritt sie in Widerspruch zu den tatsächlichen, grundlegenden Interessen der werktätigen Massen.

Das zeigt sich anschaulich in der Revision des Marxismus-Leninismus von rechts und von „links“. Oberflächlich gesehen sind die Positionen der rechten und der „linken“ Revisionisten unversöhnlich. Da jedoch die soziale und ideologische Basis sowohl des rechten Opportunismus als auch des „linken“ Abenteuerismus die gleiche ist — sie besteht in den Schwankungen und der Inkonsistenz der sozialen Schichten, die von kleinbürgerlichen Vorstellungen angesteckt sind —, schließen diese Spielarten des Revisionismus Tendenzen ein, die sich miteinander verflechten.

Ernst Fischer und Franz Marek versuchen in dem Buch „Was Lenin wirklich gesagt hat“ die Sache so darzustellen, als habe Lenin lediglich „von Fall zu Fall“ den „linken“ Radikalismus und den Rechtsopportunismus als zwei Seiten einer Medaille bewertet. In Wirklichkeit hat Lenin die enge Verbindung zwischen beiden Formen des Opportunismus gründlich enthüllt und gezeigt, daß sie einander nähren, daß sie gleichermaßen unvereinbar mit dem Marxismus, mit den Prinzipien der kommunistischen Bewegung sind. Bei den rechten Revisionisten verkehrt sich ihr Hang zu einem kleinbürgerlichen Verständnis der Freiheit, ihr Kniefall vor der Demokratie in deren bürgerlicher Auslegung, in die Leugnung der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, in ein Abweichen von den Prinzipien des Internationalismus und ein Abgleiten auf nationalistische Positionen. Das aufgeblasene Revoluzzertum der „Linken“ führt zum Verzicht auf die Errungenschaften der sozialistischen Demokratie, zur Untergrabung der Leninschen Prinzipien der Tätigkeit der

kommunistischen Partei und des sozialistischen Staates, zur Entfaltung chauvinistischer Großmacht Tendenzen. Die Konzeptionen der einen wie der anderen zielen letzten Endes auf die Untergrabung der Einheitsfront der revolutionären Kräfte und gießen objektiv Wasser auf die Mühlen des Antikommunismus.

„Die Erfahrung zeigt“, heißt es in den Thesen des ZK der KPdSU zum 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins, „daß kleinbürgerliche Elemente versuchen, überall dort, wo es ihnen gelingt, Einfluß zu gewinnen, den normalen Gang der sozialistischen Umgestaltung zu behindern, die Länder des Sozialismus gegeneinander auszuspielen, opportunistische, revisionistische und nationalistische Ansichten zu beleben, auf die der Imperialismus setzt.“

Die heutigen bürgerlichen Theoretiker widmen dem Studium der kleinbürgerlichen Ideologie außerordentliche Aufmerksamkeit, insbesondere der Untersuchung ihrer revisionistischen Erscheinungsformen, die sie als eines der Mittel zur Unterhöhnung des Sozialismus von innen betrachten.

Das besondere Interesse der bürgerlichen Ideologen finden kleinbürgerliche reaktionär-romantische Strömungen, die sich gegen den dialektischen Materialismus und gegen den Marxismus-Leninismus als Ganzes richten. Ein Mitarbeiter der sogenannten Freien Universität in Westberlin schreibt, die Geburt einer „Philosophie“ des universellen humanistischen Sozialismus gebe „eine interessante Gelegenheit zum Studium der Wechselwirkung zwischen einer utopischen Sicht der Wirklichkeit und der Politik“. Der Autor analysiert die Ansichten Svitaks (Tschechoslowakei), Markovics, Zueks, Vranickis (Jugoslawien), Roger Garaudys (Frankreich) und anderer, und er findet in ihnen gemeinsame Züge. Er vermerkt, daß die Standpunkte einiger von ihnen deutlich durch die Einwirkung der idealistischen Philosophie vorbestimmt sind und durch jene Diskussionen, die in christlich-katholischen Kreisen geführt werden. Ein Ergebnis dieses Einflusses ist, daß die Individualität in den Vordergrund gerückt wird, die Persönlichkeit „allgemein“ der Partei, der Gesellschaft, dem sozialistischen System gegenübergestellt wird.

Unter dem Vorwand, daß in unserem Jahrhundert Probleme der Persönlichkeit und des Humanismus besondere Bedeutung gewinnen (was zweifellos richtig ist), sind die Revisionisten bestrebt, dem Marxismus-Leninismus einen „abstrakt humanistischen“ Sinn zuzuschreiben, ihn durch ein wirres Gemisch von genereller und vulgärer Kritik der praktischen Erfahrung des sozialistischen Aufbaus mit Präntationen auf eine sogenannte „vollständige Befreiung“ der Persönlichkeit zu ersetzen. In der Tat nährte diese pseudohumanistische Ideologie die Konterrevolution in der Tschechoslowakei und öffnete einen weiten Raum für alle möglichen prinzipienlosen politischen Wendungen, für den direkten Verrat an den Prinzipien des Sozialismus und des proletarischen Internationalismus. Was die rechtsopportunistischen Ideologen als „neue Lesart“, als „tiefes“ Verständnis des Marxismus ausgegeben, ist seinem theoretischen Wesen nach durchaus nichts Neues. Es handelt sich vielmehr um eine unter neuen geschichtlichen Bedingungen unternommene Wiederholung jener Angriffe gegen den Marxismus, die die Anhänger des neukantianischen Revisionismus und des „legalen Marxismus“ Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts unternahmen. Schon damals wurde versucht, einerseits den Marxismus aus einer wissenschaftlichen Theorie der Gesellschaftsentwicklung in eine abstrakte moralisierende Konzeption zu verwandeln und ihn andererseits seines revolutionären Klasseninhalts zu berauben. Und damals schon deckte Lenin die kleinbürgerlich-bourgeoise Grundlage dieser Versuche auf.

Wie die Revisionisten in der Vergangenheit, so ersetzen auch die modernen Revisionisten den dialektischen Materialismus durch Variationen des subjektiven Idealismus und die wissenschaftliche revolutionäre Gesellschaftstheorie durch pseudohumanistische anarchistische, „außerhalb der Klassen stehende“ Konzeptionen.

Es wäre falsch zu glauben, die modernen kleinbürgerlichen Ideologen müßten unbedingt Fanatiker des kleinen Privateigentums sein. Mitunter treten sie auch als Anhänger der „assoziierten Arbeit“ auf. Aber das macht sie nicht zu konsequenten Sozialisten. Solche kleinbürgerlichen Theoretiker der Vergangenheit wie Sismondi oder die groß-



ARISTO -STUDIO

Rechnen mit links bedeutet mehrerlei. Erstens kann man es buchstäblich mit der linken Hand erledigen. Rechenstäbe wie der ARISTO-STUDIO haben einen so butterweichen Gang von Zunge und Läufer, daß die Einstellung mit einer Hand möglich ist. Rechnen mit links bedeutet zweitens, daß der Ingenieur sich seiner produktiven und schöpferischen Arbeit völlig widmen kann; denn der klare Skalenaufbau schafft übersichtliche Rechenwege. Das deutliche Teilungsbild ermöglicht hohe Ablesegenauigkeit. Die notwendigen rechnerischen Kontrollen seiner Tätigkeit erledigt er mit der linken Hand.

ARISTO-WERKE · DENNERT & PAPE KG · 2 HAMBURG 50 · POSTFACH 50 0380

russischen liberalen Volkstümler befürworteten bekanntlich ebenfalls die Genossenschaften. Für ihre Weltanschauung jedoch waren neben „guten Wünschen“ reaktionäre Bestrebungen kennzeichnend, die Lenin aufdeckte.

Die modernen kleinbürgerlichen Ideologen gehen, wie auch ihre Vorgänger, nicht an den realen Widersprüchen und Schwierigkeiten vorüber; sie sehen sie, weisen auf sie hin, aber in ihren theoretischen Untersuchungen und in ihren praktischen Handlungen streben sie nicht nach einer Zukunft, die aus den objektiven Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung erwächst, sondern nach der Vergangenheit, schauen sie nicht vorwärts, sondern rückwärts. Sie versuchen, den objektiven Erfordernissen der sozialistischen Entwicklung und den wissenschaftlichen Schlußfolgerungen des Marxismus-Leninismus ihre „besonderen“ Theorien der sozialen Entwicklung entgegenzustellen, die die Rückständigkeit der Kleinproduktion zum Prinzip erheben, den Rückzug von bereits durch den Sozialismus eroberten Positionen, von der geplanten Wirtschaft zu deren spontaner „Regulierung“ durch den Markt, sie versuchen, notwendig Stufen der ökonomischen Entwicklung zu „überspringen“. Die Antikommunisten messen solchen Konzeptionen im Kampf gegen den Sozialismus große Bedeutung bei. So meint beispielsweise Paul Shoup, Direktor des Zentrums für russische und kommunistische Forschungen an der Universität Virginia (USA), daß die Tätigkeit der revisionistischen Elemente zur politischen Desintegration der sozialistischen Gesellschaft führen könne, zu Konflikten nationaler Gruppen, zur Entstehung miteinander in Konflikte geratender politischer Parteien. Er behauptet, daß bestimmte Kräfte, die in dieser Richtung wirken, eine sehr wichtige Rolle im politischen Leben einiger sozialistischer Länder spielen können.

Es liegt auf der Hand, daß die bürgerlichen antikommunistischen Ideologen bemüht sein werden, auch weiterhin kleinbürgerliche Tendenzen anzuheizen, die den sozialistischen Prinzipien widersprechen.

Die revisionistischen Ideen, die mit der Hefe des Nationalismus aufgehen, kommen objektiv den Bestrebungen der imperialistischen Reaktion entgegen, die sich bemüht, die antiimperialistischen Kräfte aufzuspalten und einen Schlag gegen die Hauptkräfte des Sozialismus, vor allem gegen die Sowjetunion, zu führen. Die Angriffe von seiten der revisionistischen kleinbürgerlichen Elemente auf die Sowjetunion, auf die KPdSU, erweisen sich für die Bourgeoisie als nicht weniger effektiv als die „frontale“ Attacke unverhüllt imperialistischer Ideologen. Außerdem kann die bürgerliche imperialistische Ideologie auf Massenunterstützung mehr oder weniger nur dann rechnen, wenn sie sich mit der kleinbürgerlichen Ideologie zusammenschließt und mit ihr verflucht.

Darin besteht zugleich die politische Gefahr der kleinbürgerlichen Versuche, internationale Erscheinungen losgelöst vom Kampf der einander gegenüberstehenden gesellschaftlich-politischen Systeme zu betrachten. Eine solche Betrachtungsweise ist insbesondere charakteristisch für die jüngsten Veröffentlichungen von Djilas, die in der bürgerlichen Presse abgedruckt wurden. Djilas gleitet bis zu plumpen Verbeugungen vor der bürgerlichen Gesellschaft ab, fällt über den Sozialismus her, ruft dazu auf, sich von den „marxistischen Dogmen“ loszusagen, verurteilt das Auftreten gegen die Politik und das System des Imperialismus.

Die kleinbürgerliche Ideologie kann sich als Transmissionsriemen für die Verwirklichung einer antikommunistischen Politik erweisen. In dem Wunsch „frei zu sein“, über dem Kampf der Klassen und Parteien zu stehen, lösen die kleinbürgerlichen Elemente ihre Bindungen und geben den imperialistischen Kräften größere Handlungsfreiheit.

Wirkliche Kommunisten bekämpfen von klaren Klassenpositionen aus die aggressiven Aktionen der imperialistischen Kräfte, bereiten ihnen eine gebührende Abfuhr und setzen sich aktiv für die Entspannung, für Fortschritte auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen, für die Sicherheit der Völker ein. Der kleinbürgerliche Revisionismus schließt sich einer solchen Politik nicht an. Er fällt entweder in eine extreme Kriegspsychose und versucht, die Völker zu einem Kernwaffenkrieg zu veranlassen, oder er zeigt sich bereit zu prinzipienlosen offenen oder geheimen Blöcken und Vereinbarungen mit den imperialistischen Kräften. Solche Positionen werden gerechtfertigt durch nichtklassenmäßige theoretische Schemata, durch Versuche, die Grundwidersprüche der Epoche zu vertuschen und regionale, nationale, rassenmäßige oder andere Faktoren in den Vordergrund zu rücken.

Die Entfesselung des Nationalismus wurde zu einem Hauptmittel im Kampf der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologen gegen die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Infolge des wachsenden Einflusses der marxistisch-leninistischen Ideen in der Welt bemühen sich die kleinbürgerlichen Ideologen gewöhnlich, ihre Abkehr von den grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu bemänteln, indem sie behaupten, daß sie danach streben, ihn weiterzuentwickeln und ihn in Übereinstimmung mit den Bedingungen und Erfordernissen der Gegenwart zu bringen. In Wirklichkeit streben sie danach, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus ihrem nationalen Egoismus „anzupassen“. Der nationale Egoismus führt zu Doktrinen und Konzeptionen, welche Handlungen rechtfertigen sollen, die den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus widersprechen und die eine in sozial-

klassenmäßiger Hinsicht konsequente Politik durch prinzipienlose Politikasterei ersetzen. Trotz ihrer ungewöhnlichen Neigung, sich in nationalspezifischer Verkleidung zu zeigen, ist die kleinbürgerliche Ideologie als antisozialistische Bestrebung eine internationale Erscheinung. Sie gibt vor, „neue“ Wege der gesellschaftlichen Entwicklung und für die „unmittelbare“ Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche entdeckt zu haben. Während der kleinbürgerliche Ideologe die schwierigsten Probleme der Gegenwart auf scharfsinnige Weise „löst“, ist er jedoch nicht in der Lage, über die Grenzen der objektiven Widersprüche des gesellschaftlichen Lebens hinauszugehen. Gerade deshalb bleibt er bei seinen Angriffen auf den realen Sozialismus in bürgerlicher Politik und Ideologie befangen.

In dieser Epoche wurde das charakteristische Zusammenfallen der imperialistischen und der kleinbürgerlichen Ideologie mit ihren reaktionären antisozialistischen Erscheinungsweisen besonders deutlich. Der Drang der Kleinbourgeoisie, nach einem „rettenden Allheilmittel“ für die Menschheit zu suchen, der aus der Widersprüchlichkeit ihrer gesellschaftlichen Lage entsteht, fiel zusammen mit dem Bestreben der imperialistischen Ideologen, Rettungsmittel für den historisch überlebten Imperialismus ausfindig zu machen.

Der Faschismus, der den Versuch des Monopolkapitals darstellte, sich mit Hilfe der offenen terroristischen Diktatur, einer Politik des Abenteuers und der Aggression zu retten, trug zugleich den Stempel der kleinbürgerlichen Ideologie, mit deren messianischen Bestrebungen, mit dem Glauben an den „Führer“ der Nation und mit einer eigenartigen „Diesseitsreligion“.

Auch in der Gegenwart bemühen sich die bürgerlichen Politiker und Ideologen, die sogenannten Mittelschichten der kapitalistischen Länder im antikommunistischen Sinne zu beeinflussen. Sie bemühen sich, sie auf reaktionäre politische Plattformen festzulegen und versprechen ihnen dabei demagogisch „Stabilität“ und „Ordnung“. Zugleich realisieren sie unter dieser Flagge eine antidemokratische Politik und versuchen, die Bewegung breiter Schichten der Volksmassen in den kapitalistischen Ländern für Frieden und sozialen Fortschritt zu unterdrücken. An die Mittelschichten appellieren neofaschistische, rassistische und revancharistische Kräfte. Davon zeugen insbesondere die Losungen, mit denen die „Unabhängige Partei“ von Wallace in den USA sowie die Neofaschisten in Westdeutschland auftreten.

Der Erfolg des Kampfes für den gesellschaftlichen Fortschritt hängt weitgehend davon ab, wem die nichtproletarischen werktätigen Massen der kapitalistischen Länder folgen. Die Kommunisten sind aufgerufen, alles zu tun, damit diese Massen ihre

Interessen vertreten und sich politisch mit der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung vereinigen; daß sie sich nicht von den Vorurteilen leiten lassen, die von den modernen antikommunistischen Kräften verbreitet werden, wobei diese versuchen, die nichtproletarischen Massen von der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung zu trennen und sich zu diesem Zweck sowohl als „ultra-linken“ Phrasendrescher als auch der rechten Opportunisten bedienen.

Die historische Erfahrung beweist, daß die nichtproletarischen kleinbürgerlichen Schichten, wenn sie sich objektiv mit der bürgerlichen antisozialistischen Politik einlassen, eine zerstörerische, dem gesellschaftlichen Fortschritt feindliche Kraft darstellen. Wenn umgekehrt die nichtproletarischen Schichten sich in ihrem Kampf mit der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung vereinigen, können sie ihre positiven Ziele erreichen und die Freiheit vom imperialistischen Joch und von der Ausbeutung erringen. Die Realisierung der wirklichen Interessen der werktätigen nichtproletarischen Schichten ist nur auf dem Wege des Kampfes für echte Demokratie, für sozialen Fortschritt, für Freiheit und Sozialismus in engstem Zusammenhang mit der Arbeiterklasse, die unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei auftritt, möglich.

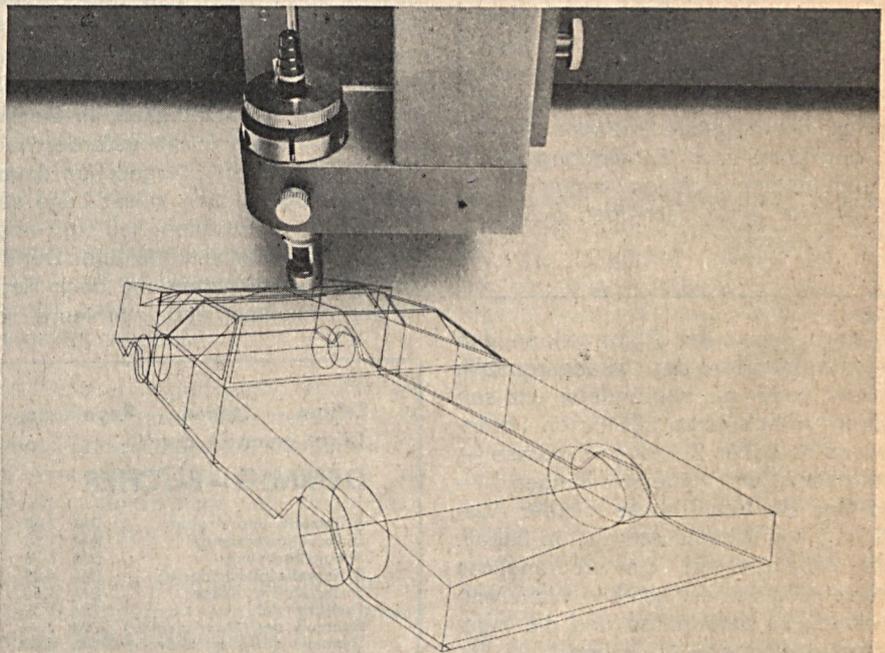
Die kommunistischen und Arbeiterparteien schließen ihre Reihen und kämpfen in einheitlicher Front gegen die reaktionären Politiker und Ideologen des Imperialismus. Ihr Erfolg hängt weitgehend davon ab, wie effektiv die Kommunisten gegen den Revisionismus und für die Befreiung der Massen von jenen kleinbürgerlichen Illusionen kämpfen, die den Revisionismus nähren und sich objektiv zugunsten des Imperialismus auswirken.

Die kommunistischen Parteien betrachten es als ihre Pflicht, in der Arbeiterbewegung und unter den breiten Volksmassen die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus zu propagieren, ihre Prinzipien konsequent zu verteidigen, den Triumph des Marxismus-Leninismus zu gewährleisten, entsprechend den konkreten Umständen gegen die rechts- und linksopportunistischen Verfälschungen der Theorie und Politik, gegen Revisionismus, Dogmatismus und linkssektiererisches Abenteuerium anzukämpfen. Das wurde nachdrücklich auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1969 unterstrichen, die einen Schlag gegen den „linken“ und rechten Opportunismus führte, deren soziale Natur aufdeckte und ihre antileninistische Richtung und Taktik entlarvte.

Treue zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ist das Unterpfand dafür, daß die Kommunisten ihre historischen Ziele verwirklichen.

Leonid Skworzow

(Aus: „Sowjetunion heute“)



Was Autokonstruktoren im Kopf haben, bringt AEG-TELEFUNKEN zu Papier. Mit einem elektronischen Zeichentalent.

Mit einem Gipsmodell und einem Konstruktionsplan ist eine Autoidee noch lange nicht Wirklichkeit. Viele Konstruktionszeichnungen werden gebraucht.

Dafür hat AEG-TELEFUNKEN ein elektronisches Zeichengerät entwickelt, das schneller und genauer arbeitet als ein ganzes Team talentierter Konstruktionszeichner: den GEAGRAPH. Durch ihn ist dafür gesorgt, daß Ideen schneller Wirklichkeit werden.

Bei AEG-TELEFUNKEN finden auch Ihre Ideen ihre Verwirklichung; in der

Entwicklung, Berechnung, Konstruktion, Planung, im Betrieb, Prüffeld und Vertrieb. Wir beraten Sie gern, schreiben Sie uns.

AEG-TELEFUNKEN
Nachwuchs und Ausbildung
6 Frankfurt 70, AEG-Hochhaus

AEG



Erfolg mit
AEG-TELEFUNKEN

ZWA 3979

Pfarrer proben den Aufstand

Wie entwickelt sich die Reform an den Ingenieurschulen?

Die Diskussion über notwendige Reformen an den Hochschulen wird sachlich und unsachlich geführt. An den Ingenieurschulen wird — wegen der dort vorherrschenden technischen Ausrichtung — das unsachliche, ideologische Element besonders deutlich. Die folgende kritische Stellungnahme zur Entwicklung an den Ingenieurschulen stammt vom Direktor einer derartigen Schule in Duisburg.

In einer Phase der Reformen an den Ingenieurschulen der Bundesrepublik werden neben gut begründeten und seit Jahren vorbereiteten sachlichen Forderungen in letzter Zeit auch Einflüsse — gleichsam als Querströmungen — sichtbar, die kaum etwas mit der Ausbildung von Ingenieuren zu tun haben. Sie sind geeignet, die ursprüngliche Zielsetzung einer echten Weiterentwicklung zu unterlaufen und die Ingenieurausbildung zu schädigen.

Diese Einflüsse sind die Parolen der sogenannten Neuen Linken, die überwiegend durch „Betriebsfremde“ eingeschleust werden. Viele evangelische Studentenpfarrer machen sich besonders um die Verbreitung Neo-Marxistischer Ideologien „verdient“.

Sie erhielten dazu Gelegenheit, als vor einigen Jahren an den Ingenieurschulen die allgemeinwissenschaftlichen Seminare eingeführt wurden, die meist von nebenberuflich Tätigen abgehalten werden und an sich eine erwünschte und notwendige Ergänzung des Fachstudiums sind. In den philosophisch-theologischen Seminaren sind gewöhnlich Studentenpfarrer tätig. Es hat sich herausgestellt, daß manche von ihnen weniger Wert darauf legen, die Ingenieurstudenten in das philosophische Denken einzuführen, sondern — je nach dem Grad ihres persönlichen Engagements — eine einseitige Beeinflussung der Hörer durch extrem linke Ideologien anstreben.

Ob dies politisch tragbar erscheint, soll hier nicht erörtert werden. Es interessiert, ob die Qualität der Ingenieurausbildung durch diese Einflüsse gemindert wird.

Studentenpfarrer suggerieren in Streik-resolutionen, daß an Ingenieurschulen „ein unerträglicher Leistungsdruck bestehe, daß Selbständigkeit im Denken und Entscheiden nicht gefördert und entwickelt würden“. Abgesehen davon, daß Theologen kaum in der Lage sein dürften zu beurteilen, ob in einem Ingenieurstudium selbständiges Denken gefördert wird, haben sie doch Recht in der Annahme, daß Ingenieure nor-

Von Studenten wird dies so übersetzt: „Es ist immer noch nicht klar geworden, daß wir unsere Reform nur gegen die Bestrebungen der Industrie durchsetzen können!“

Nun könnten diese Vorstellungen als amüsante Formen von Bewußtseinsänderung angesehen werden, wenn sie sich nicht bereits sehr nachteilig auf die Ingenieurausbildung auszuwirken begonnen hätten. Unter dem Druck von Demonstrationen sind den Studenten an Ingenieurschulen von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen bereits Zugeständnisse gemacht worden, durch die das Leistungsniveau erheblich abzusinken beginnt.

Die Studenten können z. B. sieben verschiedene Formen von Leistungsnachweisen wählen, die kein Fachmann als gleichwertig bezeichnen kann; das Vor-examen ist weggefallen, eine Ingenieurabschlußprüfung, die diese Bezeichnung verdient, gibt es nicht mehr. Die Erarbeitung von Studienplänen ist Ausschüssen übertragen worden, die in Diskussionen und Abstimmungen das Studium in einer Weise reformiert haben, die erstlich die Frage nach dem Wert eines Ingenieurzeugnisses stellt. Die Auswirkungen wird unsere Wissenschaft mit einer gewissen Phasenverschiebung zu spüren bekommen.

Heinrich Wittenborg

Lehren — Lernen — Repetieren Leicht gemacht durch DEMMIG — BÜCHER

Arithmetik und Algebra	DM 7,80
Differentialrechnung	DM 11,50
Integralrechnung	DM 6,70
Differentialgleichungen	DM 4,80
Statik starrer Körper	DM 11,50
Festigkeitslehre	DM 11,50
Dynamik des Massenpunktes	DM 7,80
Dynamik des Massenkörpers	DM 5,80
Einf. in die Vektorrechnung	DM 4,80
Vektorrechnung, Teil 1	DM 11,50
Vektorrechnung, Teil 2	DM 11,50
vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellung.	
Weitere Titel im Freiprosp. SVI. Bitte anfordern vom	

DEMMIG VERLAG KG
61 Darmstadt — Postfach 324

malerweise in der Theologie nicht bewandert sind. Sie beklagen — wohl weil der Besuch ihrer Seminare zu wünschen übrig läßt — das „außerfachliche Desinteresse“ und fordern „eine drastische Reduzierung der Stundenzahl“. Noch deutlicher wird der Leiter der ev. Studentengemeinden, K. Birkhölzer. Er proklamiert in direkter Anlehnung an Dutschke: „Wir haben zu lernen, daß das System der Einzelleistung ausbeutet und lügt“ und fordert „neue Lernziele im Widerstand gegen die zur Zeit herrschenden Studienziele und die Fähigkeit zum Widerstand, zur Solidarität und zur kollektiven Weigerung!“ Dies paßt genau in die Thesen und Forderungen der Neuen Linken.

**EXCLUSIV
TOBACCO**

kostenlos probieren!

„Kleine Tabakbar“ mit sechs Pfeifenfüllungen kommt gratis zu Ihnen.

Diesen Gutschein senden an:

**EXCLUSIV
TOBACCO**
83 Landshut, Postfach 568 b

Unsachliche Diskussion? Unsere Antwort!

Proben Pfarrer den Aufstand?

Ideologisch verbrämte Pfarrer bringen Unruhe in das sonst so technisch einwandfreie und entideologisierte, wertfreie technische Studium an den Ingenieurschulen. Dies ist das Facit aus einer Veröffentlichung des Direktors der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen Duisburg. (Siehe Artikel Rheinische Post VIS-INFO 1.)

Ist es wirklich so, daß in den Allgemeinwissenschaftlichen Seminaren nur nebensächliche, für das Studium eigentlich unwesentliche, im Zweifelsfall nur ergänzendes zum sogenannten Fachstudium gelehrt werden kann?

Sollen diese Allgemeinwissenschaftlichen Seminare den Charakter des Religionsunterrichts und des Staatsbürgerkundeunterrichts an den Schulen haben?

Läßt sich überhaupt eine Trennung zwischen Allgemeinwissenschaftlichen Seminaren und den sog. Fachvorlesungen rechtfertigen?

Die scharfe Trennung der Allgemeinwissenschaftlichen Seminare und des Fachstudiums leitet sich ab aus der historischen Entwicklung technischer Studiengänge und hat seine Begründung in der Trennung von Geisteswissenschaft als empirische und Naturwissenschaft als wissenschaftlich exakte, aus Naturgesetzen wertfrei abgeleiteten Wissenschaft. Diese Trennung ist in der Bundesrepublik Deutschland gerade auch durch das noch immer bestimmende humanistische Bildungsideal gekennzeichnet.

Wenn die Allgemeinwissenschaftlichen Seminare nur die Aufgabe haben sollen, und so ist ja wohl die jetzige Form der Seminare zu verstehen, in das philosophische Denken unseres Gesellschaftssystems einzuführen und damit auf völlig unwissenschaftliche positivistische Art unser Gesellschaftssystem darzustellen, aber nicht zu analysieren, dann kommt diesen Allgemeinwissenschaftlichen Seminaren allerdings nur die Funktion des Religionsunterrichts an den Schulen zu.

Die Trennung der Fachvorlesungen von den Allgemeinwissenschaftlichen Seminaren wäre damit dann auch begründet. Wenn man jedoch erkannt hat, und das ist ja wohl, im Gegensatz zu den Aussagen von Herrn Wittenborg, wissenschaftlich bewiesen, daß Technik gar nicht losgelöst von der Gesellschaft in die diese Technik einfließt gesehen werden kann; kann man auch nicht die Allgemeinwissenschaftlichen Seminare als Störfaktor in einem technischen Studium sehen. Man muß vielmehr fordern, daß in allen Vorlesungen auch die Auswirkungen dieser vorgetragenen Technik auf die Gesellschaft beleuchtet, kritisch analysiert und in ihrem Wert festgelegt werden.

Das hieße aber gleichzeitig, endlich die Theorie von der Wertfreiheit technischer Erkenntnisse als antiquiert und auf eine technisierte Gesellschaft des 20. Jahrhunderts nicht mehr anwendbar, zurückzuweisen.

Wie wenig wertfrei technische Erkenntnisse im Endeffekt sind, soll an einem Beispiel erläutert werden:

Bei dem Bau von neuen Satellitenstädten der Großstädte ist man nach modernsten technischen Erkenntnissen vorgegangen und hat so ihrer Einpassung ins Landschaftsbild bis auf modernste Einrichtungen der Wohnungen alles nach technisch einwandfreien Vorstellungen realisiert.

Was jedoch vergessen wurde, ist die Frage an diejenigen zu stellen, die in dieser Stadt wohnen sollen, welche Bedürfnisse sie haben, unter welchen Bedingungen sie in einer solchen Stadt überhaupt wohnen wollen und können. Vergessen worden ist auch das Zusammenspiel von technischen und sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, die auch den sozialen Bedingungen und nicht nur den technischen Rechnung tragen. Die Auswirkungen dieser Fehlplanungen liegen bereits heute auf der Hand:

Eine größere Vereinsamung der Bewohner dieser Siedlungen, tiefe soziale

Zerrüttung vieler Ehen und ein Abwandern der Bewohner dieser Satellitenstädte in die Zentren der Großstädte.

Ein Techniker, der nicht in der Lage ist, auch gleichzeitig die Auswirkungen seiner technischen Tätigkeit auf die Gesellschaft zu erkennen, ist nur ein Spielball derjenigen, die bestimmen, wie diese Gesellschaft auszusehen hat und die die ökonomische Macht in den Händen haben.

Hier ist der Zusammenhang zwischen Allgemeinwissenschaftlichen Seminaren, die möglichst unwissenschaftlich nur die gesellschaftliche Situation darstellen und dem unwissenschaftlichen Studium an den Ingenieurschulen bzw. künftigen Fachhochschulen deutlich.

Der vorgelegte Fachhochschulplan Nordrhein-Westfalen, sowie alle Aussagen vom Bundeswissenschaftsminister, Bildungsrat und Wissenschaftsrat machen klar, daß es nicht nötig ist, Wissenschaftler in integrierten Gesamthochschulen sondern möglichst viele mittlere Führungskräfte auszubilden, die genau die oben geforderte gesellschaftliche Reflexion ihrer technischen Erkenntnisse nicht leisten können.

Die Trennung von Forschung und Lehre ist damit vollkommen.

Nur wenige werden in den Genuß kommen, auch begreifen und erforschen zu dürfen, welche Rolle die Technik heute in unserer Gesellschaft spielt und wie man sie gegen den Widerstand fortschrittlicher Kräfte der Gesellschaft dazu benutzen kann, alte überkommene Gesellschaftsstrukturen zu festigen.

Diese Erkenntnis macht es notwendig, die Forderung nach der Integration der Allgemeinwissenschaftlichen Seminare in die sogenannten Fachvorlesungen zu stellen, um die Allgemeinwissenschaftlichen Seminare und Fachvorlesungen von einem Niveau primitiver Unwissenschaftlichkeit auf ein Niveau des Erforschens und Erkennens technischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu bringen.

Deistler, Schrader, Suberg, Haupt

Warum müssen sich Vertreter der Studenten schulen?

Bücher

Aus: *Eutektikum* 1/70

Zitat Prof. LEUSSINK:

... „Es wird letztlich immer eine politische Frage sein, wie viele des jeweiligen Jahrganges man bis zum 16. Lebensjahr, wie viele man bis zum 18. Lebensjahr (30, 40 oder 50 Prozent) in allgemeine Vollzeitschule schicken will bzw. welcher Prozentsatz jeweils in den angegebenen Lebensaltern bereits in die Berufe abwandern soll. Desgleichen ist es eine politische Entscheidung, wie viele des jeweiligen Jahrganges ein sogenanntes Langstudium ... und wieviel Prozent ein sogenanntes Kurzstudium absolvieren sollen“.

Diese Aussage des Bundeswissenschaftsministers verschafft Klarheit! Ausbildungsprobleme sind politische Probleme! Die Frage, wer gut, wer weniger gut ausgebildet wird, ist eine politische Frage. In wessen Interesse die politische Frage gelöst wird, ist eine Machtfrage! Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, die Herkunft unserer höchsten Bildungspolitikern zu untersuchen:

STOLTENBERG war vor und nach seiner Tätigkeit als Bildungsminister Direktor bei Krupp.

LEUSSINK war vor seiner Berufung zum Bildungsminister Aufsichtsratsmitglied bei Krupp und Vorsitzender des Wissenschaftsrates (Industrie). Sein Staatssekretär DOHNANY (Duzfreund von Berthold Beitz) begann seine Karriere im Top-Management der Ford AG. Volksvertreter sind Vertreter der Privatindustrie!

- In wessen Interesse, nach wessen Bedürfnissen wird von diesen Leuten Politik gemacht?!
- Welche Absichten stecken hinter diesen Interessen?
- Für wen wird Bildungsplanung betrieben?
- Wie wird überhaupt ausgebildet?
- Für wen und wer wird ausgebildet?
- Wie sind die Berufsmöglichkeiten nach der Ausbildung?
- In welchem gesellschaftlichen Zusammenhang stehen Ausbildung und Beruf?

Die Studentenfunktionäre ließen diese Fragen bisher immer unbeantwortet. Sie konnten diese Fragen auch nicht beant-

worten, weil sie sich nicht mit den Fragen auseinandersetzen. Die Studentenvertreter beschränkten sich auf schulinterne Vertretungsaufgaben. Sie griffen spontan auf, was ihnen persönlich ein Dorn im Auge war oder was von Dozenten, Direktoren und Behörde angeregt wurde. Die Studentische Selbstverwaltung bestand aus konzeptionsloser Mitverwaltung. Das kann so nicht weitergehen! Fachhochschüler, die in die Selbstverwaltung delegiert werden, müssen sich neben ihrer praktischen Arbeit (Durchsetzung studentischer Belange) auch weiterbilden, theoretische Arbeit betreiben. Sie müssen sich schulen und lernen! Nur dann können sie die Interessen ihrer Mitschüler begreifen und konsequent durchsetzen. Die Fachhochschüler — besonders ihre Vertreter — müssen sich informieren. Sie müssen in der Lage sein, die Vorstellungen und Absichten der Wirtschaft, des Staates und der Behörden zu durchschauen. Von deren Politik sind wir (alle Fachhochschüler) abhängig. Dort wird die Frage von Ausbildung und Beruf noch immer alleine bestimmt.

Die Vertreter der Fachhochschüler müssen nicht nur in der Lage sein, deren Absichten zu durchschauen, sie müssen sie auch erklären, in einen Zusammenhang stellen und vermitteln können. Sie müssen in der Lage sein, aufgrund ihrer theoretischen Einsichten eine wirksame praktische Tagespolitik zu betreiben; d. h. die Belange der Fachhochschüler aufgreifen und konsequent durchsetzen.

Wir Fachhochschüler dürfen nicht mehr unkritisch unsere Vertreter wählen! Wir sollten nicht mehr darauf achten, ob die Vertreter schön, fließend und selbstsicher reden und auftreten können.

Wir müssen Mitschüler delegieren, die im Interesse der Fachhochschüler arbeiten wollen und auch arbeiten können!

Warum müssen sich Vertreter der Fachhochschüler schulen?

Weil ungeschulte Vertreter schlechte Vertreter sind! Weil sie nicht wissen, welche Belange und wie die Belange der Schüler durchzusetzen sind.

Wilhelm Richter: „**Didaktik als Aufgabe der Universität**“, Gutachten und Studien der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates, Band 8, 50 Seiten. Kart. 5,- DM. Ernst Klett Verlag, Stuttgart.

In seiner Behandlung dieses Themas, das für die Ausbildung der Lehrer zentrale Bedeutung hat, bisher aber noch viel zu wenig beachtet wurde, untersucht und definiert der Autor zunächst den Begriff der Didaktik, besonders die Abgrenzung gegen seine Verengung auf die Unterrichtsmethodik. S. dann stellt er den didaktischen Forderungen, die sich aus der Bildungsfunktion der Schule ergeben, eine Bestandsaufnahme des gegenwärtigen didaktischen Angebots an den westdeutschen Universitäten gegenüber.

Der Autor schließt mit konkreten Forderungen, die den notwendigen personellen und institutionellen Ausbau der Didaktik als Lehr- und Forschungsgebiet an den Universitäten im einzelnen aufzeigt.

Carl-Heinz Evers: „**Modelle moderner Bildungspolitik**“ VI, 266 Seiten, Linson DM 19,60. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/Main.

Dieses Buch enthält gekürzte Reden und Aufsätze Evers aus dem letzten Jahrzehnt, in denen der Berliner Schulsenator seine Gedanken zu Fragen der Schul- und Hochschulreform und zur allgemeinen Bildungspolitik formuliert hat.

Die Lektüre dieses Buches verdeutlicht, daß es mit Reformen, die sich nur auf organisatorische Manipulationen und äußerliche Umstrukturierungen erstrecken, nicht getan ist. Die Schule muß sich vielmehr zu einer gründlichen Revision ihrer Lernziele und -inhalte entschließen.

Im Dokumentationssteil, der wichtige Aktenstücke zur Berliner Schulpolitik der letzten acht Jahre enthält, die richtungweisend für die Planung von Gesamtschulen in anderen Bundesländern ist, verleiht dem Buch historischen Quellenwert.

Einleitung

I. Kapitel: Bildung und Gesellschaft

II. Kapitel: Auf dem Wege zur Mittelstufe der Gesamtschule

III. Kapitel: Das Neue Gymnasium und die Gesamthochschule

IV. Kapitel: Bildungspolitik und Bildungsplanung

V. Kapitel: Jugend und Gesellschaft

VI. Kapitel: Dokumentation Berliner Schulpolitik

Quellennachweis

**Das
rotring System
löst Ihr
Zeichen-
Problem**



Foto Bavaria/Scholz

**Heute noch der große Hit.
Morgen vielleicht schon ein alter Hut.**

Das rotring System löst Ihr Zeichen-Problem.

Der neueste Stand der Technik ist schnell überholt. Die jungen Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker haben ihre eigenen neuen Ideen. Sie denken, entwickeln, konstruieren. Sie sollen nicht im Kleinkram hängen bleiben, nicht über

Zeichenprobleme stolpern. rotring hat vorgesorgt. Das rotring System bietet eine umfassende Skala von Zeichen-geräten. Tuschefüller und Zirkel für alle Bereiche des technischen Zeichnens, Schablonen für alle Fachrichtungen und eine breite

Auswahl an Zeichenzubehör. Alles ist sinnvoll aufeinander abgestimmt. Jedes Teil ist funktionsgerecht konstruiert und solide gearbeitet. Speziell für exaktes, zügiges Zeichnen.

rotring

macht das Zeichnen leichter.

Programm-Übersicht siehe Rückseite



Der SVI hat eine Druckerei, in der Broschüren und Plakate gedruckt werden können. Diese Druckerei muß in den Dienst der einzelnen Hochschulen gestellt werden. Darüber hinaus ist dafür zu sorgen, daß notfalls mit finanzieller Hilfe des vds, Druckereien in den einzelnen Zentren installiert werden.

Der SVI hat die Aufgabe, Mittel bereitzustellen (z. B. aus dem Bundesjugendplan) um Seminare und Tagungen durchzuführen.

Die Notwendigkeit studentischer Sozialarbeit im Rahmen des SVI steht außer Frage.

Aus diesem Minimalprogramm leiten sich folgende Funktionen des SVI ab:

1. Unterstützung der antikapitalistisch arbeitenden Gruppen durch den technischen Apparat des SVI (Druckerei, Materialien, Archiv etc.) und durch Seminare.

2. Initiierungsfunktion, d. h. Unterstützung von Kräften, die auf den Aufbau einer Gruppe hinarbeiten. Zu diesem Zweck wurde ein Seminarprogramm verabschiedet, das zur Unterstützung beim Aufbau von regionalen Zentren Austausch von Informationen, Primärpolitisierung usw. dienen soll. Mit diesem Minimalprogramm steht die grundsätzliche Arbeit des SVI fest.

Da es durch die Errichtung von Fachhochschulen und die vorgesehene Integration im Hochschulbereich beabsichtigt ist, Studenten der Fachhochschulen und der Universitäten bezüglich der Sozialleistungen gleichzustellen, war es nötig, sich intensiver um den Sozialbereich zu kümmern. Insbesondere wurden folgende grundsätzliche Beschlüsse gefaßt:

„Der SVI wiederholt seine Forderung nach Abschaffung aller Studien- und Prüfungsgebühren im gesamten tertiären Ausbildungssektor der Bundesrepublik.“

Der Vorstand wird beauftragt, alle regionalen Aktionen zur Durchsetzung dieser Forderungen zu unterstützen und zu koordinieren. Die MV wendet sich insbesondere gegen die Diskriminierung der Fachhochschulstudenten in Ländern wie Niedersachsen, in denen

nach Abschaffung der Gebühren an Technischen Hochschulen und Universitäten weiterhin Gebühren von Fachhochschülern erhoben werden.

Die MV solidarisiert sich mit der Gebührenverweigerungskampagne, die zur Zeit durch das Zentralplenum der Selbstorganisation der Fachhochschüler Hamburg im gesamten tertiären Ausbildungsbereich Hamburgs organisiert wird.“

„Die Fragen der Ausbildungsförderung der Krankenversorgung, des Wohnheimbaus und der Menschen lassen sich nur im Rahmen eines Sozialkonzeptes diskutieren und vertreten. Ein solches Sozialkonzept muß Bestandteil der Gesamtpolitik und Gesamtstrategie des Verbandes sein, da der „Sozialbereich“ integrierter Bestandteil der sozial ökonomischen Lage der Studenten ist und seine konkreten Auswirkungen im Hinblick auf die Entfaltung des Individuums manifestiert werden (z. B. Ausbildungsförderung).“

Der Vorstand wird deshalb beauftragt, Seminare zu veranstalten, in denen auf breiter Basis ein Sozialkonzept erarbeitet und der nächsten MV zur Beschlußfassung vorgelegt wird.“

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß Studenten der Ingenieur- und Höheren Fachschulen aus dem bereits begonnen Studium zum Wehr- oder Ersatzdienst einberufen werden, obwohl sie Rückstellung beantragt haben. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich intensiv mit der Funktion der Bundeswehr im besonderen und kapitalistischen Armeen allgemein. Es wurde ein Katalog über die rechtliche Situation erstellt, der demnächst zu einer Broschüre zusammengefaßt wird.

Die folgenden Projektbereiche wurden auf Antrag errichtet und erhielten Stimmrecht:

1. Hochschulplanung. Themen werden vorzugsweise die Beschäftigung mit der Hochschulplanung (Leussink-Thesen, Bundesrahmenkompetenz, Integration im HS-Bereich) und den Neugründungen von Universitäten sein.

2. Technologie: hier wird der Schwerpunkt in der Auswertung der Tendenzen im Berufsfeld liegen.

3. Politische Ökonomie. Dieser Projektbereich ergab sich aus der inhaltlichen Neugestaltung des Verbandes an Höheren Wirtschaftsfachschulen und Wirtschaftsakademien, dessen Schulen Mitglied im SVI sind. Im Gegensatz zur bürgerlichen Nationalökonomie soll die marxistische-leninistische Ökonomie aufgearbeitet und ausgewertet werden. Ein Redaktionskollektiv wird eine Zeitschrift unter dem Arbeitstitel „Politik-Ökonomie“ als ständiges Organ herausbringen.

Um der veränderten Mitgliederstruktur (Ingenieurschulen, Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Werkkunstschulen, Höheren Wirtschaftsfachschulen, Seefahrtsschulen) gerecht zu werden, erhielt der SVI als Untertitel den Namen:

Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West.

Zum Thema „dji“ wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der dji“ wird weiter vom Verlag Schürmann und Klagges verlegt, bis die Selbstorganisation der Fachhochschulen Hamburg oder andere Gruppen dem Delegiertenrat ein konkretes Angebot, das sowohl die Verlagsfrage, die Drucktechnik, das Anzeigenwesen, als auch den Inhalt und Funktion des „dji“ umfaßt, zum Angebot vorliegt.“

Das Vorstandskollektiv hatte im November 1969 seine Arbeit nicht mit dem Anspruch aufgenommen, alle Gruppierungen von rechts bis links zu vertreten. Es hatte bereits bei seiner Wahl klar gesagt, daß es sich der progressiven, antikapitalistischen Studentenbewegung verpflichtet fühle und unterordne. Mit diesem Anspruch wurde das alte Kollektiv, bestehend aus Albert P. Deistler, Wolfgang Knab, Werner Schrader, wiedergewählt.

Die Zusammenarbeit mit dem VDS wird erst nach dessen MV geklärt werden können, hängt jedoch maßgeblich davon ab, ob das vom SVI-BV mitunterzeichnete Minimalprogramm der Hamburger, Bochumer, Heidelberger und Münchener ASten verabschiedet wird. Es wäre Grundlage für eine gemeinsame Strategie. *Albert P. Deistler*